

EURO MAYDAY

005

?? PREKÄR ARBEITEN, PREKÄR LEBEN ??

"MayDay! MayDay! Wir sind das Prekariat! Auf Abruf verfügbar, nach Belieben auszubeuten und kündigbar nach Lust und Laune: Wir sind wendige JongleurInnen unserer Jobs, wahre Schlangenmenschen der Flexibilität. Aber seid auf der Hut: Wir sind drauf und dran, unsere prekären Kämpfe zu vernetzen!"

Der Begriff der "Prekarität" ist ebenso wenig neu wie der Sachverhalt, den er bezeichnet. Für viele, insbesondere Frauen und MigrantInnen, ist er schon seit langem alltägliche Normalität. Nichtsdestotrotz gewinnt die Entsicherung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen unter den gegenwärtigen Bedingungen des neoliberalen Umbaus eine neue Qualität: Prekarität erfasst die Gesellschaft zusehends in ihrer Gesamtheit. "MayDay!" - das Alarmsignal von in Seenot geratenen Schiffen - haben wir jedoch nicht bloß deshalb zum "Schlachtruf" erkoren, um diesen Zustand zunehmender Verletzbarkeit zu betonen. "Mayday!" wird auch die Losung unseres Kampftags, des 1. Mai, sein. Von den traditionellen Maiaufmärschen werden sich unsere Aktivitäten an diesem Tag durch lautstarke, bunte und kreative Formen des Kampfes und der Organisation unterscheiden. Aber auch durch die Verschiebung des inhaltlichen Schwerpunkts von einer abstrakten Feier der Arbeit hin zur Auseinandersetzung mit der konkreten Prekarisierung von Arbeit und Leben.

Um Repräsentation durch Selbstermächtigung, Einfalt durch Vielheit zu ersetzen, wählen wir offene und möglichst hierarchiefreie Aktionsformate. Damit sollen die verschiedensten Aspekte der gegenwärtigen Prekarisierungsprozesse der Unsichtbarkeit entrissen und verhandelbar gemacht werden; nicht um die Unterschiede zu nivellieren, sehr wohl jedoch um den vorherrschenden Zustand der Fragmentierung und Vereinzelung zu überwinden und eine Basis für gemeinsames politisches Agieren zu schaffen. Denn das, was die zu Niedrigstlöhnen schuftende Supermarktangestellte und der sich durch geringfügige Jobs und unbezahlte Praktika wurstelnde Student, was die sozialversicherungslos werkelnde Kulturarbeiterin und der unter ständigen Disziplinarandrohungen stehende Erwerbsarbeitslose, was die papierlose und dadurch umfassend entrechtete Sexarbeiterin und der nicht bloß freiberuflich arbeitende, sondern auch von längerfristigen Perspektiven "befreite" Webdesigner sowie alle ihre Zwischen- und Mischformen gemein haben, ist eben jenes sehr unterschiedlich ausgeprägte Moment der Prekarität. Gemeinsam ist ihnen aber auch der Wunsch nach sozialen Sicherheiten für ein Leben, das flexibel, aber ohne den fremdbestimmten Zwang zur Flexibilität gestaltet werden kann.



EURO MAYDAY PARADE

1. Mai 2005 um 14 Uhr

2. Mexikoplatz (U1 Vorgartenstraße)

PRECARITY SOLIPARTY

23. April 2005 um 20 Uhr EKH,

10. Wielandgasse 2-4 (U1 Keplerplatz)

bands: alalie lilt, paradisi artificial
djanes: christina n., club socialismo tropical

Der Euro-MayDay soll als Initialzündung für eine stärkere Vernetzung unserer prekären Kämpfe fungieren und das kollektive Bemühen um soziale Rechte - unabhängig vom jeweiligen Beschäftigungs- und Aufenthaltsstatus der Betroffenen - vorantreiben. International vernetzt werden deshalb auch heuer wieder in unzähligen europäischen Städten hunderttausende Menschen am 1. Mai auf die Straße gehen. Und auch wir rufen Euch alle dazu auf, gemeinsam mit uns die erste Euro-MayDay-Parade in Wien zu gestalten. Denn dem prekären Arbeiten und Leben kann nur mittels einer Bündelung unserer Kämpfe begegnet werden, um die sie befördernden Verhältnisse zum Tanzen zu bringen!

!! PREKÄR KÄMPFEN, PREKÄR TANZEN !!

F I R S T O F M A Y

Prekär, Prekarisierung, Prekariat?

Thesen zu Bedeutungen, Fallen und Herausforderungen eines komplexen Begriffs, und was das mit Migration zu tun hat ...



I. Prekär bedeutet im wörtlichen Sinne »unsicher, misslich, schwierig, bedenklich«. Als politischer Begriff gebraucht, sind damit vor allem Lebens- und Arbeitsverhältnisse gemeint, die keinerlei Garantien begleiten. Zum Beispiel ein prekärer Aufenthaltsstatus von Migrantinnen und Flüchtlingen oder ein prekärer Alltag als allein erziehende Mutter. Seit den frühen 1980er Jahren wird »prekär« verwendet, um Verhältnisse in der Arbeitswelt zu beschreiben. Prekäre Arbeit bezieht sich entsprechend auf alle möglichen Arten unsicherer, entgarantierter, flexibilisierter Ausbeutung: von illegalisierter, saisonaler oder temporärer Beschäftigung, über Heim-, Zeit- oder Leiharbeit bis zu so genannten selbstständigen Subunternehmen oder Ich-Ag's.

II. Prekarisierung in der Arbeitswelt meint eine beschleunigte Verwandlung bisher garantierter dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse in zumeist schlechter bezahlte und weniger sichere Jobs.

Im historischen wie im globalen Maßstab stellt prekäre Arbeit allerdings keine Ausnahme dar. Vielmehr war die Vorstellung einer Verallgemeinerung garantierter »Normalarbeitsverhältnisse« der Mythos einer kurzen Epoche des so genannten Wohlfahrtsstaats. In den Ländern des globalen Südens und in Osteuropa sowie für den größten Teil der Frauen und MigrantInnen im »Norden« - insgesamt also die Mehrheit der Weltbevölkerung - waren und sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Regel.

Prekarisierung beschreibt darüber hinaus die Krise der herkömmlichen Institutionen, die in der kurzen Zeitspanne des Wohlfahrtsstaats (falsche) Sicherheiten im Leben verkörperten. Es ist ein analytischer Begriff für einen Prozess, der auf eine neue Qualität der gesellschaftlichen Arbeit verweist.

Arbeit und soziales Leben, Produktion und Reproduktion sind heute untrennbar verwoben -

das führt zu einer umfassenderen Definition von Prekarisierung: Es ist die Ungewissheit der Lebensverhältnisse in ihrer Gesamtheit, die Verunsicherung der materiellen wie immateriellen Bedingungen des Lebens und der lebendigen Arbeit unter dem gegenwärtigen Kapitalismus. Zum Beispiel: Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen sind mit geschlechtlichen und ethnischen Rollenzuweisungen verbunden, der Aufenthaltsstatus bestimmt die Zugangsmöglichkeiten auf den Arbeitsmarkt oder zu medizinischer Versorgung. Das gesamte Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse scheint in Bewegung geraten.

III. »Prekariat« - in Anspielung auf das Proletariat - lautet inzwischen eine offensive Selbstbezeichnung, mit der die subjektiven und utopischen Momente der Prekarisierung betont werden sollen.

Angesichts der massenhaften Verweigerung, was Geschlechterrollen, Fabrikarbeit und das Kommando der Arbeit über alle Lebensäußerungen anbelangt, nimmt Prekarisierung zweifellos einen Doppelsinn an: tatsächlich lässt sich von einer Art »Flexibilisierung von unten« sprechen. Prekarisierung stellt nicht einfach eine Erfindung kapitalistischer Kommandozentralen dar, sondern ist auch eine Reaktion auf die Revolten und die neue Beweglichkeit der lebendigen Arbeit und kann insofern als ein Versuch verstanden werden, die vielfachen Kämpfe und Verweigerungen wieder einzufangen, um die Arbeit neuen Ausbeutungsbedingungen zu unterwerfen und neue Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen.

Prekarisierung steht also für ein umkämpftes Terrain: ein Terrain, auf dem die Ansätze, einen neuen Ausbeutungszyklus in Gang zu setzen, auf die Wünsche und subjektiven Verhaltensweisen treffen, in denen das Aufbegehren gegen das »alte«, fordistisch genannte Arbeitsregime und die Suche nach einem anderen, freien, ja auch »flexiblen« Leben sich äußert. Zugleich allerdings läuft »Prekariat« als neuer Kampfbegriff in eine alte Falle, wenn damit auf eine schnelle Vereinheitlichung und die Gründung einer vorherrschenden sozialen AkteurIn gezielt wird.

»Prekariat« wird sogar zur Farce, wenn die radikale Linke sich über eine zunehmende Betroffenheit durch prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen zur HauptakteurIn zu verklären versucht. Vielmehr geht es darum, die Hierarchien in den Blick zu rücken, die heute der Zusammensetzung der lebendigen Arbeit ihre Gestalt verleihen - von illegalisierten migrantischen Putzkräften bis zu temporär beschäftigten Computerfreaks -, und angesichts der Verschiedenheit der sozialen Bewegungsformen, ihrer Begehren und Wünsche, Prekarität nicht in eine neue Identität zu vereinfachen.

Wir sehen uns der Aufgabe gegenüber, einen Entwicklungsprozess politischer Subjektivität zu erfinden, in dem unterschiedliche Subjekte kooperieren, um Gemeinsamkeiten und Konflikte zu produzieren, ohne die besonderen Forderungen, die aus der Zusammensetzung der lebendigen Arbeit

erwachsen, in ihrer Verschiedenheit aufzugeben. Das sind die Bedingungen, unter denen Prekarisierung als komplexer und umkämpfter Prozess einen Bezugsrahmen bieten kann, - um unterschiedliche Subjektivitäten auf sozialer wie politischer Ebene verstärkt in einen Austausch zu bringen, - um Widersprüche oder gar Konkurrenzen in den verschiedenen Realitäten zu vermitteln, - und um davon ausgehend übergreifende Fragestellungen zu thematisieren.

Wir denken an einen Prozess, der auf der Autonomie der unterschiedlichen Kämpfe basiert, der die Kommunikation dieser Kämpfe befördert, neue Formen der Kooperation ermöglicht und weitere Terrains eröffnet. [...]

Arbeitspapier des Frassanito-Netzwerks

weiterlesen...

- im Themenheft "PREKÄRE ZEITEN" des Hamburger Magazins Fantomas: akweb.de/fantomas
- in der Spezialausgabe zum Thema "PREKÄR UND PERMANENT AKTIV" der Berliner Zeitschrift arranca!: arranca.nadir.org
- in der Ausgabe "EUROMAYDAY005: MÄCHTIG PREKÄR!" der Zeitschrift Kulturrisse: igkultur.at/kulturrisse
- im Schwerpunkt zu "PREKARIAT" von MALMOE: malmoe.org
- im Themenheft der Zeitschrift Wildcat zu "PREKARISIERUNG": wildcat-www.de
- in der Spezialausgabe des republicart-Webjournals zum Thema "PREKARIAT": republicart.net
- im "PRECARITY"-issue des niederländischen Greenpepper Magazines: greenpeppermagazine.org
- in der "special section EXPLORING PRECARIOUSNESS" des britischen Metamute-Magazins: metamute.com
- in der neuen Ausgabe der Zeitschrift grundrisse: grundrisse.net
- im aktuellen Heft der rapidite: med-user.net/ekh/rapidite.html
- in der Zeitung „die soziale hängematte“ No. 1

weetersurfen...

- der Website der internationalen Euro-MayDay-Vernetzung: euromayday.org
- der Themenseite von Labour Net Germany zu "Prekarisierung": labournet.de
- der von ATTAC-Deutschland betriebene Seite zum Thema "Prekarisierung": prekarisierung.de
- der Website zur Konferenz "Precair Forum" (Amsterdam 02/05): precairforum.nl

MayDay! MayDay! → history

Seit 2001 hat ein Netzwerk von italienischen, französischen und katalanischen AktivistInnen die MayDay Parade entwickelt, die am Nachmittag des 1. Mai im Zentrum von Milano stattfindet. Die Beteiligung am MayDay ist ständig gewachsen. Von 5.000 Leuten 2001 auf 50.000 im Jahr 2003. 2004 waren es schließlich schon 100.000 DemonstrantInnen, die mit ihrer Parade gegen die Prekarisierung von Arbeit und Leben demonstrierten - und zwar mit einer Vielfalt von Aktionen, die über das Format der klassischen Demo weit hinausgehen. Im letzten Jahr fand der EuroMayDay zum ersten Mal auch in anderen Städten Europas statt, neben Milano war vor allem Barcelona Ort einer ausgedehnten Wiederaneignung der Innenstadt. Heuer weiten sich Bewegung und Prozess des EuroMayDay auf viele weitere Städte in Europa aus, unter anderem werden MayDayParaden in Milano, Barcelona, Paris, Hamburg, Sevilla, L'Aquila, Stockholm, Copenhagen, Wien, Helsinki, Genève, Amsterdam, London, Liège, Maribor und Palermo stattfinden.

Mexikoplatz

Plattform Stuwerviertel



Der Mexikoplatz und das sich rundherum erstreckende Stuwerviertel sind Musterbeispiele für den seit einiger Zeit wieder entflammten Kampf um den öffentlichen Raum. Auf der einen Seite dieses Kampfes befinden sich als BürgerInneninitiativen die Nachkommen von den in arisierten Wohnungen angesiedelten Nazi-SympathisantInnen - in einer stillschweigenden Allianz mit der Polizei, der Stadtverwaltung und dem „Bezirksjournal Leopoldstadt“, das sich noch hetzerischer positioniert als das bekannte Kleinformat. Dieser hegemoniale Stoßtrupp wird zusätzlich von einer roten Stadtregierung unterstützt, die das Thema Sicherheit seit dem Auftritt der blauschwarzen Bundesregierung monopolisiert hat. Es vergeht kein Monat, wo wir nicht mit neuen Verboten, Wegweisungen, Sperrzonen usw. beglückt werden. Alles natürlich im Namen der Ordnung. Auf der anderen Seite, ohne einen Hauch von öffentlicher Wahrnehmung, stehen die am Mexikoplatz ansässigen armen Bevölkerungsschichten, die MigrantInnen, Drogenabhängigen, Obdachlosen, Sexarbeiterinnen und einige politische, kulturelle und künstlerische Initiativen. Trotz der herumwandelnden Straßensperren aus Beton, trotz der andauernden Änderungen der Fahrtrichtungen auf den Straßen, trotz der sich alle paar Monate wiederholenden Lokalrazzias und trotz aller Verbote und Gebote ist dieser ungleiche Kampf bis jetzt nicht entschieden.

Die durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz auf der Ebene des Nationalstaats schon generationenlang andauernde Prekarisierung der MigrantInnen hat seit den 1990er Jahren lebensbedrohende Formen angenommen. Wir haben die Situation, dass Abertausende von MigrantInnen an den Grenzen Europas in einem regelrechten „Krieg“ gestorben sind oder gerade sterben. Gleichzeitig werden immer mehr MigrantInnen innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen in die Illegalität gedrängt. Es werden Hunderte von Grenzen innerhalb der staatlichen Territorien errichtet. Dieses Mal aber nicht mehr nur für die MigrantInnen. Diese Grenzen dienen zur Kontrolle der Prekären - die auch eine Gefahr für die nationalstaatliche Ordnung darstellen können. Die Grenzen dienen dazu, einen neuen Ordnungsdiskurs einzurichten. Die urbanen Räume, in denen die MigrantInnen sich eingerichtet haben, sind aufgrund der Apartheidgesetzgebung am leichtesten anzugreifen.

Öffentliche Räume waren und sind immer prekär. Im Rahmen des Nationalstaates wurden sie genauso wie früher umkämpft und beansprucht. In

Wien ist der Mexikoplatz und das Stuwerviertel ein drastisches Beispiel, wie diese Kämpfe seit Jahren die Freiheit und Gleichheit der hier ansässigen Menschen bestimmen. In dieser Situation greift EuroMayDay ein und bezieht Stellung gegen Sperr- und Kontrollzonen, gegen Wegweisungsrecht und nationalsozialistisch inspiriertes Willensrecht.

Und aus noch einem Grund wurde der Mexikoplatz als Ausgangs- und Treffpunkt für die MayDay-Parade ausgewählt: Dieser Platz trägt seinen Namen zur Erinnerung an den einzigen Staat, der 1938 offiziell vor dem Völkerbund gegen den Anschluss Österreichs ans Deutsche Reich protestierte. In diesem Staat haben auch während der Nazi-Diktatur viele Menschen einen Zufluchtort gefunden. Die Erinnerung daran lebt nach wie vor, und wir leisten hiermit einen Beitrag dazu.

Billa

- wo der Mensch im Mittelpunkt steht



Der Einzelhandel ist mit rund 600.000 Beschäftigten der größte Beschäftigungsbereich in Österreich. Die REWE-Gruppe Austria, Marktführerin im Lebensmitteleinzelhandel, erzielte im Jahr 2002 mit Billa, Merkur, Mondo, BIPA, Emma und Penny-Markt einen Jahresumsatz von 4,1 Mrd. Euro.

Dass dieses Rekordergebnis nicht nur den Führungskünsten des Managements, sondern auch den 31.500 Angestellten und ArbeiterInnen in 1.844 Filialen zuzurechnen ist, scheint die Führungsetage zu wissen und „wertzuschätzen“: „Der Mensch steht bei der Rewe im Mittelpunkt. Und das nicht nur als Kunde, sondern auch als Mitarbeiter. Ein Unternehmen, das erfolgreich handeln möchte, braucht engagierte Mitarbeiter. Zu den Erfolgsfaktoren der Rewe zählen daher ein klarer, verlässlicher und fairer Umgang miteinander.“ Und weiter: „Qualifizierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind dabei die Grundpfeiler unseres Erfolges. Diesen hohen Grad an Motivation erreichen wir durch flache Hierarchien, kurze Entscheidungswege und teamorientierte Zusammenarbeit.“

Ganz anders stellt sich die Situation wohl aus Sicht der Belegschaft, die zu 80% weiblich ist, dar. Mehr als 43% dieser Frauen arbeiten Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt. Diese scheinbar „flexiblen Arbeitszeiten“ haben jedoch mit einem „fairen Umgang miteinander“ nichts zu tun: Unbezahlte oder über Gutscheine abgegoltene Überstunden, Dienstplanteilungen, die trotz atypischer

Beschäftigung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verunmöglichen (z.B. Arbeit am Wochenende und abends), Pausenzeiten, die oft so kurz sind, dass viele MitarbeiterInnen sie im Lager verbringen müssen, sowie die Verrechnung des Klogangs als Pausenzeit.

Vorwürfe dieser Art wurden im September 2004 von ehemaligen MitarbeiterInnen gegenüber dem Konzernriesen erhoben; trotz des „von der Geschäftsleitung verordneten Redeverbots nach außen“¹ drangen Informationen in die Massenmedien. Überraschend schnell verstummte das Medienecho zu den arbeitsrechtlichen Ungerechtigkeiten. Gerüchten zufolge soll die Konzerngruppe diversen Medien damit gedroht haben, bei weiterer Berichterstattung, ihre Anzeigenschaltungen einzustellen.

Intern „sorgt Billa Austria mit einer Taskforce Arbeitsrecht für lückenlose Aufklärung und Transparenz.“ Ob diese Arbeitsgruppe sich mit den Problemen ihrer MitarbeiterInnen auseinandersetzt oder „Störenfriede“ einfach nur „ausgetauscht werden“, sei dahingestellt. Deutlich sichtbar wird am Beispiel Rewe, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse im speziellen für Frauen immer mehr zum „Normalarbeitsverhältnis“ werden.

Unterzieht frau die Geschichte und Stellung der Frauen am Arbeitsmarkt einer genaueren Betrachtung, wird offensichtlich, dass jene prekären - verstanden als sozial unsichere, schwierige, und bedenkliche - Arbeitsverhältnisse gerade für Frauen keineswegs ein neues Phänomen sind. Neu ist lediglich, dass diese nun zunehmend die gesamte Gesellschaft erfassen.

So war es in den letzten Jahrzehnten im „Normalfall“ der Mann, der als Familienernährer mit seinem Einkommen die relative soziale Sicherheit für sich und seine Familie gewährleisten musste. Frauen hingegen verfügten im „Normfall“ als Ehefrau entweder über gar keinen (im besten Fall noch Haushaltsgeld) oder lediglich einen Zuverdienst. Die sich ausbreitende Prekarisierung bedeutet für Frauen, die traditionell eher in solchen Arbeitsverhältnissen tätig sind, die „niedrigere“ Qualifikationen erfordern, eine Verschärfung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Zudem wird durch den Abbau sozialstaatlicher Leistungen immer mehr Verantwortung für das Wohlbefinden in Familie und Gesellschaft auf Frauen übertragen: als Mutter, Ehefrau, (Schwieger-) Tochter und (Teilzeit-) Hausfrau, in Form privater Pflegedienstleistungen/Fürsorge oder im Ehrenamt. Demnach kommt es aus Frauensicht neben der Prekarisierung

des Arbeitsbereichs auch zu einer Prekarisierung des „Privaten“.

Die Notwendigkeit, kollektive Strategien und Wege zu entwickeln, um diesen doppelt prekären Verhältnissen entgegenzutreten, lässt sich nicht nur an der Situation der rechtlosen und daher erpressbaren Belegschaft des Rewe-Konzerns erkennen. Denn die Zahl der prekär arbeitenden und lebenden Menschen nimmt stetig zu. Dies ist Grund

genug, über Perspektiven der Organisation nachzudenken und den Widerstand gegen die aktuelle Verschärfung der Ausbeutungsformen voranzutreiben. Anregende Beispiele gibt's genug: in den USA schieben ProtestlerInnen stundenlang leere Einkaufswagen durch die Gänge der Wal-Mart-Supermärkte. In Schweden singen Weihnachtsmänner von den Freuden des Konsumverzichts. Der Euromayday bietet die Möglichkeit, auch in Wien, durch lautstarke und kreative Formen des Kampfes

und der Organisation jene „alte“ Forderung der Frauenbewegung „das Private ist politisch“ wieder in die Öffentlichkeit zu tragen und damit sichtbar zu machen.

1) Alle folgenden Zitate aus:
"Gratisüberstunden", AK Niederösterreich
<http://noe.arbeiterkammer.at/www-588-IP16678.html>

Grundeinkommen statt AMS!

Zu Recht ist das AMS stolz darauf, dass es im Zuge der großen Arbeitsmarktreformen in Deutschland (Hartz I bis IV) von den deutschen Experten als „Best Practice“ Modell einer erfolgreichen Arbeitsmarktorganisation herangezogen wurde.“ (Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich)



Vor einigen Jahren veränderte das „Arbeitsamt“ seinen Namen. Der irgendwie verstaubte Begriff des Amtes wich jenem des Service, es geht nicht mehr um Verwaltung, sondern darum, dem Arbeitsmarkt Dienste anzubieten. Um die Menschen freilich, um die es eigentlich gehen sollte, ist es der Behörde allerdings nicht zu tun. Vielmehr ist das AMS zur Scharnierstelle geworden, an welcher so genannte „Arbeitslose“ dem Arbeitsmarkt an- bzw. eingepasst werden. Dies heißt dann „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik und orientiert sich an zwei Paradigmen:

a) Die Statistik, die Statistik, die hat immer Recht

Ein wichtiger Gesichtspunkt der AMS-Politik ist das Hinarbeiten auf „Erfolgsberichterstattung“. Diesem Grundsatz werden alle guten Vorsätze untergeordnet: Es müssen weniger werden, das AMS braucht offensichtlich vor allem mediale Aufmerksamkeit. Dabei ist völlig egal, wie die

Individuen aus der Statistik verschwinden: Sperre des Arbeitslosengeldes, Vermittlung irgendwelcher Scheißjobs („gute“ werden ohnedies kaum über das AMS vermittelt) und vor allem die berühmt-berüchtigten Kurse bzw. Weiterbildungsmaßnahmen. Gerade letztere haben sich in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Instrument der statistischen Beschönigung entwickelt. Besonderes Kennzeichen: Wer einen bestimmten Kurs besuchen möchte, darf dies nicht; andere werden dafür zu völlig absurden Kursen und „Maßnahmen“ zwangsverpflichtet. Hier deutet sich auch schon das – noch wichtigere – Paradigma Nummer zwei an:

b) Die fetten Jahre sind vorbei

Aktivierungsmaßnahmen, Eingliederungsbeihilfen, Humanressourcen, Treffsicherheit, Effizienz, lückenlose Betreuung, etc.: so lesen sich die wundersamen Begriffe auf der AMS-Homepage. Dabei steht hinter oder vielmehr vor diesen bedeutungsschwangeren Vokabeln eine ebenso simple wie verhängnisvolle Logik: Die fetten Jahre sind vorbei. Zwar hat die gesellschaftliche Produktivität in den letzten Jahren und Jahrzehnten enorm zugenommen, dennoch ist das altbekannte „Gürtel enger schnallen“ noch ein harmloser Ausdruck für das, was die Politik des AMS tagtäglich durchsetzt: die totale Anpassung menschlichen Lebens an die Erfordernisse des neoliberalen Kapitalismus. Ansprüche an den Arbeitsplatz? Anreizezeit zum Arbeitsplatz unter 2 Stunden? Überqualifizierung? Das war gestern, die Zeiten der Zumutbarkeitsgrenze sind vorbei. Es lebe die Zumutung! Industriellenvereinigung fordert 60 Stunden-Woche! Lebenslanges lernen! Standorticherung! So schaut's aus ... – aber nicht mit uns!

Grundeinkommen und soziale Absicherung statt Arbeitszwang

Als Relikt der Sozialpartnerschaft dient die Politik des AMS mittlerweile unmittelbar Kapitalinteressen. War das Arbeitsamt im Fordismus trotz aller auch damals existierenden Schikanen noch tatsächlich so etwas wie ein „Vermittlungsinstrument“ zwischen den Ansprüchen von Kapital und Arbeit, wenngleich auch unter kapitalistischen Vorzeichen, so ist das Arbeitsmarktservice heute eine Dienstleistung am kapitalistischen Arbeitsmarkt; und der schert sich heute noch viel weniger als vor zwanzig Jahren um irgendwelche indivi-

duellen Bedürfnisse. Außer Frage steht somit, dass an dieser Arbeitsmarktpolitik nichts zu reformieren ist. Die Zurichtungs- und Quotenverringerungsanstalt gehört abgeschafft. Gerade angesichts der Verwischung von Grenzen zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit ist es höchste Zeit, Strategien zu entwerfen, die aus den Bedürfnissen und Wünschen der Betroffenen entspringen. „Her mit dem guten Leben!“ statt „Arbeit für alle!“

In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist die gesellschaftliche Produktivität enorm gestiegen, genauso die Bedeutung von Kommunikation und Kooperation für sämtliche Prozesse menschlichen Zusammenlebens, nicht nur in ökonomischen Belangen. Der italienische Theoretiker Toni Negri prägte bereits vor über 20 Jahren den Begriff der „gesellschaftlichen Fabrik“, bei der aufgrund der oben genannten Veränderungen nicht mehr zwischen produktiven und vermeintlich unproduktiven Sphären (wie z.B. Hausarbeit oder auch künstlerische Produktion) unterschieden werden dürfe. Die gesamte Gesellschaft ist produktiv geworden – im Rahmen der Globalisierung zunehmend weltweit – und dementsprechend steht auch jeder und jedem ein Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu. Ein garantiertes Grundeinkommen in ausreichender Höhe wäre so ein Aspekt gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe. Die damit einhergehende Möglichkeit, auch ohne Rückkehr zum so genannten „Normalarbeitsverhältnis“ ein ökonomisch abgesichertes Leben zu führen, würde besonders Frauen und MigrantInnen einen größeren Spielraum zur Verfügung stellen, um persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen und ökonomisch existenzgefährdenden Situationen zu entkommen.

Grundeinkommen macht flexibel!

Ein garantiertes Grundeinkommen für alle könnte ein wichtiger Baustein einer globalen Strategie emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung sein. Den Stachel im Fleisch des Kapitalismus stellt dabei die Tatsache dar, dass die menschliche Arbeitskraft ihre Warenform zumindest teilweise verliert. Diese Warenform aber steht im Zentrum kapitalistischer Ausbeutung. Wer, neben einem funktionierenden Sozialsystem, Recht auf genügend Geld zur gesellschaftlichen Teilhabe hat, wird sich zweimal überlegen, ob sie oder er einen Scheißjob annimmt. Gerade in Zeiten der Prekarisierung der Arbeit und des Lebens ist ein bedingungsloses Grundeinkommen wichtiges Mittel emanzipatorischer Veränderung; der Wiedergewinnung des Lebens durch die Menschen. Da sind wir flexibel!

redaktion *grundrisse*.zeitschrift für linke theorie & debatte www.grundrisse.net

Sexwork

Die garantierte Unsicherheit



Die Behauptung, Prekarisierung habe sich in den letzten Jahren aus einem „Privileg“ marginalisierter Gesellschaftsgruppen zu einem Allgemeingut entwickelt, an dem breite Bevölkerungsschichten teilnehmen (müssen), ist keine überspitzte, eher eine sachliche Feststellung. Bereiche wie Prostitution, in denen Arbeitsverhältnisse sozialstaatlicher Formalisierung entzogen sind, die nie „Normalisierung“ erfahren haben, erbringen aber zusätzlich erneutes Verschlechterungspotenzial.

Sexworkerinnen arbeiten seit je in einem undefinierten und unregulierten Bereich, dominiert von ungesicherten Zukunftsperspektiven, nicht existenzgesicherten Ökonomien, abhängig von Lokalbesitzern wie Behörden. Ihre extreme Mobilität, fortgeschrittene Individualisierung, erzwungene Zerstreuung, krasse Flexibilität sowie die vorausgesetzte Austauschbarkeit macht sie zur Idealnorm für eine neoliberale Welt.

Mehrheitsangehörige, Menschen mit (noch) relativ sicheren Einkommen, können anscheinend noch mit bewusst naiv verkürzten Slogans wie „Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut“ angesprochen werden. Sexarbeiterinnen haben es schon hautnah erlebt - seit den 1970ern floriert die Sexindustrie: Sie entwickelte sich zu einer der gewinnbringendsten Industrien der globalen Wirtschaft, und trotzdem können diejenigen, die hier die (Körper-)Arbeit leisten (müssen), nicht davon profitieren. Mehrwert produzieren ohne Möglichkeit, am Gewinn zu partizipieren - das Konzept ist altbekannt. Wie bringt man aber eine Gruppe heutzutage um ihre Rechte? Neben alterproben Strategien wie Instabilität des Arbeitsplatzes (Arbeit auf Abruf), mangelnder Möglichkeit, auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses Einfluss zu nehmen (informelle Arbeit, atypischer Arbeitsort), fehlenden Schutzbestimmungen (Tätigkeit ohne Arbeitsvertrag, Arbeiterlaubnis, Niederlassungsbewilligung) haben sich besonders solche der forcierten Stigmatisierung, Illegalisierung und Kriminalisierung bezahlt gemacht. Der Anteil der Migrantinnen in der Sexarbeit beträgt in den meisten EU-Staaten 60-80%. Die Frauen werden konsequent illegalisiert und sind somit nicht nur von den Straf-

und Prostitutionsgesetzen betroffen, sondern zusätzlich auch von den Fremden- und Aufenthaltsgesetzen massiv in ihrer Existenz bedroht.

Der vorausschauende österreichische Gesetzgeber, der schon früh die Ähnlichkeiten zwischen Selbständigen/Künstlern/Sexworkerinnen erkannte, etablierte das zur Institution gewordene „KünstlerInnenvisum“ - eine Pflichtlektüre übrigens, wenn man sich strukturellen Bedingungen der Prekarisierung widmet. Dieses Visum wird mit „Aufenthalt ohne Niederlassung“ betitelt und für höchstens sechs Monate ausgestellt. Das alte Novum erzeugt somit extreme Mobilität und Abhängigkeiten, und nimmt zugleich Frauen, die 5 bis 10 Jahre in der Sexindustrie arbeiten, die Möglichkeit, sich dauerhaft an dem Ort niederzulassen, wo eine große Nachfrage nach Dienstleistungen herrscht, die sie anbieten.

Durch Kriminalisierung der Beteiligten werden kollektivvertragliche Regelungen außer Kraft gesetzt. So macht es die im Gesetz beibehaltene Sittenwidrigkeit einer Sexarbeiterin unmöglich, Freier anzuklagen, die Sexdienstleistung in Anspruch nehmen, dann aber nicht bereit sind zu bezahlen. Es wird zwar immer wieder der Institution Prostitution der Kampf angesagt, in der Realität aber wird öfters Prostitution mit Prostituierten identifiziert und der Kampf gegen die Frauen geführt. Nur so kann der

Ausschluss der Sexworkerinnen, besonders der migrantischen Prostituierten von rechtlichen, sozialen und gesundheitlichen Angeboten interpretiert werden.

Das Thema ist vielen zu heikel, auch in feministischen Zusammenhängen, wo man sich eine Solidarität mit den Frauen erwarten würde, stößt frau oft auf Unverständnis. Dabei lauten die zentralen Fragen in dieser unbequemen Debatte nicht anders als die zentralen Fragen der Frauenbewegung. Selbstbestimmung - ja oder nein. Prekär sind hier nicht nur die Arbeitsumstände der Sexarbeiterinnen, prekär ist auch die Haltung ihnen gegenüber. Den Betroffenen wird abgesprochen, selbst über den eigenen Körper und Lebensentwurf bestimmen zu können, mündig zu sein.

Dort wo man nicht mit, sondern trotz der Betroffenen Lösungen sucht, dort wo man nach dem Prinzip handelt „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen“, beginnt die Erosion der sozialen Gewebe für jedeN, auch wenn es mich heute (gerade noch) nicht betrifft. Denn morgen kommt bald.

Ausschluss ist kein Ausweg! Weigern wir uns gemeinsam, prekäre Arbeits- und Lebenssituationen für die meisten mitzuproduzieren und stillschweigend Rechte in Privilegien umzuwandeln: Selbstbestimmung, existenzielle Sicherheit und reale Rechte für alle!

Lefö/TAMPEP Austria Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen. Information, Education and Support for Migrant Women

Ob Kinder oder keine ...

... entscheiden Frauen alleine! - 1974, auf einer Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht der Frau, für das Recht auf Abtreibung. „Ob Kinder oder keine entscheiden Frauen alleine!“ - 2005 auf einer Demonstration gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und das „Babycaustmuseum“ in Wien.

Dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch ergeht es wie vielen klassischen Frauenthemen:

Altes Thema, aber immer noch heißes Eisen. Seit 30 Jahren besteht hierzulande das Recht einer Frau, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Viele Frauen trennte und trennt von der Inanspruchnahme dieses Rechtes - genau genommen ist es auch nur eine Straffreistellung - die finanzielle Belastung und unzählige Kilometer, denn je westlicher das Bundesland, um so spärlicher die Möglichkeiten, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Hat Frau all diese Hürden überwunden und steht sie dann vor einer Klinik, hören die Probleme aber noch nicht auf: „Mutti, Mutti, bring dein Kind nicht um!“, „Mörderin!“ Die radikalen AbtreibungsgegnerInnen (von Human Life International - der größten derartigen Organisation in Österreich) sind hier aktiv. Lügenpropaganda - hinsichtlich Abtreibungsmethoden, Folgen und Größe der Embryos - wird verbreitet und Psychoterror betrieben - und das nicht „nur“ gegen Patientinnen, sondern auch gegen das Personal.

Von der Lucina Klinik zum „Babycaustmuseum“

Die Lucina Klinik war eine Frauenklinik im zweiten Wiener Bezirk, in der Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt wurden, und war über Jahre hinweg Angriffsziel der radikalen AbtreibungsgegnerInnen von HLI: Frauen, die in die Klinik gehen wollten, wurden terrorisiert, die Klinikleiterin erhielt Morddrohungen. Die Räumlichkeiten der Klinik wurden gekauft, und mittels einer Räumungsklage wurde versucht, die Klinik zu vertreiben. Auf rechtlicher Ebene ist dies nicht gelungen. Geklagt wurde auch die Frauensprecherin der Sozialistischen Linkspartei - die eine Kampagne zur Verteidigung der Klinik führte - und zwar für einen Artikel, in dem die Vorgehensweise von HLI beschrieben wurde. Aber auch diesen Prozess verlor HLI. Die Belästigungen vor der Lucina Klinik gingen weiter. Schlussendlich musste die Klinik zusperrt werden. Heute befindet sich in den Räumlichkeiten der Klinik das „Babycaust-Museum“. Schon im Namen spiegelt sich die antisemitische Ideologie von HLI wieder. Denn, so ihre Aussage, Abtreibung sei schlimmer als der

Holocaust und somit schlimmer als die Ermordung von 6 Mio. Jüdinnen und Juden, weil dadurch jährlich weit mehr „Babys“ umgebracht würden. Mit Aussagen wie dieser wird der Holocaust verharmlost, und zugleich zeigt sich die extreme Frauenfeindlichkeit von HLI, wird doch die Entscheidung von Frauen mit den Taten der Massenmörder des Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Was hat das Recht auf Abtreibung mit Prekarisierung zu tun?

Was aber bitte – so mag sich die/der erstaunte LeserIn fragen – hat das jetzt mit Prekarisierung zu tun? Die Möglichkeit einzuschränken, ob ein Leben mit oder ohne Kinder verbracht werden will, bedeutet die Lebensgestaltung von Frauen zu beschneiden, bedeutet über deren Körper zu verfügen. Das

Arbeitsleben von Frauen hat immer schon mehr als nur bezahlte Lohnarbeit umfasst (Kindererziehung, Hausarbeit...). Wird bei den Rahmenbedingungen für die Gratisarbeit herumgepfuscht, sei es weil Kindergebären wieder Pflicht wird, oder etwa auch weil im Pflegebereich gespart wird und nun die Arbeit wieder von Frauen gratis und daheim erbracht werden soll, so ist dies frauenfeindlich und verstärkt die ohnedies prekäre Situation vieler Frauen.

Schubhaft abschaffen!

MigrantInnen und AsylwerberInnen müssen in Österreich unter prekären sozialen und rechtlichen Bedingungen leben. Oftmals werden sie systematisch illegalisiert und laufen Gefahr, in Schubhaft genommen und in Länder abgeschoben zu werden, aus denen sie aus politischen, religiösen oder sozialen Gründen geflüchtet sind.

In Wien gibt es zwei „Polizeianhaltezentren“, in denen Schubhäftlinge inhaftiert werden: eines an der Rossauer Lände 7–9, 1090 Wien, und das andere am Hernalser Gürtel 6–12, 1080 Wien. Von Jänner bis November 2004 wurden in Österreich 8.265 Menschen in Schubhaft gefangen gehalten.

Schubhaft ist eine Freiheitsberaubung, die ausschließlich „Fremden“ zuteil werden kann. Sie stellt keine Straftat dar, sondern wird ohne Haftprüfung verhängt, um Abschiebungen routinemäßig durchführen zu können. Trotzdem werden viele Menschen in Schubhaft genommen, obwohl ihre Abschiebung nicht möglich ist.

In Schubgefängnissen können Menschen zur Zeit bis zu sechs Monate innerhalb von zwei Jahren eingesperrt werden. Nach den neuen Plänen des Innenministeriums soll diese Maximalgrenze fallen. Einzige Einschränkung soll dann sein, dass nach einem halben Jahr jeweils im Abstand von sechs Wochen durch die Unabhängigen Verwaltungssenaten geprüft werden muss, ob die Betroffenen weiter in Schubhaft gehalten werden können. Ansonsten sollen Schubhäftlinge unbegrenzt festgehalten werden können!

Schubhäftlinge werden oft gar nicht oder in keiner ihnen verständlichen Sprache über den Grund und die Dauer der Schubhaft informiert, rechtliche Beratung bzw. Vertretung gibt es nicht oder kaum. Durch die Ausweglosigkeit der Situation sind Selbstmordversuche, Selbstverstümmelungen oder Hungerstreiks für viele die einzige Chance, der Schubhaft zu entkommen oder auf die Brisanz der eigenen Situation aufmerksam zu machen. Eine massive und menschenrechtsverletzende Verschärfung bedeutet die geplante Zulassung von Zwangsernährung in der Schubhaft, um gegen Hungerstreikende vorzugehen.

„Wir sind hier, weil ihr dort seid“

Die Bewegung der papierlosen Menschen in Frankreich, die „Sans-Papiers“, haben diesen Satz geprägt. Er weist darauf hin, dass die Politik Europas und anderer Staaten Migrationsgründe international fördert und Vertreibungen von Menschen aufgrund wirtschaftlicher Interessen in Kauf genommen werden. Oft ist die Entscheidung

zu Flucht bzw. Migration eine Reaktion auf europäische „Interessenwahrnehmung“ im Ausland.

Haben MigrantInnen die militärisch gesicherten Grenzen unter Lebensgefahr überwunden, werden sie illegalisiert und ausgebeutet, zu einer „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ erklärt, in Schubhaft gesperrt und oft deportiert. Im medialen und politischen Diskurs wird von Wirtschaftsflüchtlingen geredet, die nichts anderes im Sinn hätten, als auf Kosten der Mehrheitsbevölkerung zu leben. Gleichzeitig ist es aber gerade die Wirtschaft, die von den zahlreichen billigen und oft entrechteten Arbeitskräften profitiert. Und es sind Angehörige der Mehrheitsbevölkerung, die von den billigen Arbeitskräften - z.B. beim Putzen der Wohnung - und den billigen Waren aus anderen Teilen der Welt profitieren.

Fliehen Frauen, weil sie aufgrund ihres Geschlechts unterdrückt werden, z.B. durch die Verweigerung des Rechts auf Bildung, werden ihre Fluchtgründe oft als „asylrechtlich nicht relevant“ bezeichnet. Frauenspezifische Fluchtgründe wie Vergewaltigung werden oft selbst dann nicht anerkannt, wenn Vergewaltigung als gezielte Waffe in Kriegen eingesetzt wird.

Die Zustände verbessern?

Durch soziale Betreuung in Schubhaft wurde neben einer Verbesserung der Situation von Gefangenen vor allem eine Erleichterung für die abschiebende Behörde erreicht. In Verträgen zwischen dem Innenministerium (BMI) und Einrichtungen, die vom BMI bezahlte Schubhaftbetreuung durchführen, ist vertraglich festgelegt, dass BetreuerInnen keine Rechtsmittel einbringen dürfen. So genannte „präventive Maßnahmen“ dienen vor allem dazu, Konfliktpotenziale zu minimieren und den Inhaftierten die Vorzüge einer Deportation schmackhaft zu machen (Rückkehrberatung). Unabhängige Personen und Organisationen unterstützen Menschen in Schubhaft trotzdem tatkräftig und lassen sich nicht vorschreiben, wie weit dies gehen darf, doch dies wird zusehends erschwert.

Wenn Leute vor allem sozialbearbeitet werden, damit sie keinen Widerstand leisten oder auf einen

Hungerstreik verzichten, wird Widerstand im Keim erstickt. Jene Stimmen müssen lauter werden, die für eine radikale Veränderung der herrschenden rassistischen und sozialen Ordnung eintreten. Sich aktiv gegen rassistische Handlungen zu stellen ist zweckvoller als für karitative Zwecke zu spenden. Forderungen wie „Abschaffung der Schubhaft“ müssen lauter und aktiver gestellt werden.

Alle Menschen sollen gleiche politische und soziale Rechte haben. Differenzierende Instrumente wie Schubhaft und Abschiebung, rassistische Gesetze und Praxen, können nicht verbessert, sondern nur verhindert und abgeschafft werden. Sie sorgen dafür, dass Menschen rassistisch ausgegrenzt werden und andere davon profitieren. Abschiebungen unmöglich zu machen und MigrantInnen aktiv zu unterstützen, ist praktische Solidarität und ziviler Ungehorsam gegen institutionalisierte Rassismen. Wir rufen dazu auf, Flüchtlinge und MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen.

Auch für Menschen, die keinen Schutz vor Verfolgung suchen, muss es möglich sein, sich hier niederzulassen. Es muss das Recht jedes Menschen sein, sich einen geeigneten Ort zum Leben zu suchen.

Für Legalisierung. Gegen Schubhaft und Abschiebungen. Gegen Rassismus und Ausgrenzung

FÜR EINE WELT OHNE RASSISMEN UND SEXISMEN
www.no-racism.net

weitere links:
www.nolager.org
www.noborder.org
<http://no-camps.org>



IMPRESSUM:
Euro-MAYDAY005 -
Zeitung zur MayDay-
Parade 2005 in Wien

Herausgeber und
Medieninhaber:
Partei grundrisse
Antonigasse 100/8
A - 1180 Wien -
grundrisse@gmx.net

Redaktion:
S. Precario Internet:
<http://www.euromayday.at>
E-Mail:
contact@euromayday.at
Euro-MayDay005
erscheint in einer Auflage
von 35.000 Exemplaren
als Beilage des Augustin,
April 2/05

© Made in Precarity ¹ –

ForscherInnen am Mayday



Erschöpfung ist unsere Realität, aber kein Thema. Wir können – kurzes Jammern ausgenommen – nicht aussprechen, wie wir über lange Phasen unserer beruflichen Existenz fühlen. Es ist für uns selbst allzu kränkend, denn wir stellen an uns den Anspruch, unsere Aufgaben gut zu bewältigen.

Kränkung ist unsere Realität, aber kein Thema. Unser Innerstes wird zum Ort, an dem die Widersprüche unserer sozialen Welt entfaltet werden. Wir arbeiten mehr als wir können und verzeihen uns trotzdem nicht, wenn uns Fehler unterlaufen. Wir leiden an einer Erfolglosigkeit besonderer Art: Dass wir nie sicher sein dürfen, dass unsere heutige Arbeit uns morgen die Möglichkeit zur Weiterarbeit verschafft.

Wir sind verführbar: Schwierigkeiten fordern uns heraus. Als Erfolgreiche des Bildungssystems wollen wir daran glauben, dass auf Leistung Belohnung folgt. Wir lieben es, Slalom zu fahren – blaue Stange, rote Stange, blaue Stange, rote Stange – und vergessen dabei, dass wir auf eine endlose Piste geschickt werden, ohne Ziel. Die skizzierten Eigenschaften treffen auf viele Beschäftigte zu, nicht nur die 8.000 bis 10.000 Personen, die in Österreich als prekarierte ForscherInnen arbeiten. Prekär an ihrer Situation ist insbesondere, dass sie keine Chance haben, aus eigener Kraft eine unbefristete, grundlagenfinanzierte Stelle zu bekommen. Erfolgreiche Arbeit in wissenschaftlichen Projekten, als Lehrbeauftragte und StipendiatInnen bleibt die entscheidende Anerkennung versagt: eine unbefristete Stelle.

Was als individuelles Schicksal erlebt wird – 15 und mehr Jahre zwischen prekären Arbeitsverhältnissen zu wechseln – ergibt sich notwendig aus Strukturen, in denen ein großer temporärer Arbeitsmarkt einem beständig kleiner werdenden Angebot an grundlagenfinanzierten Stellen gegenüber steht. Das Verhältnis stimmt nicht: Wie erfolgreich immer ForscherInnen sich am Projektmarkt und als Lehrbeauftragte bewähren, für sie sind keine Dauerstellen vorgesehen. Ihr Arbeitspotenzial wird zwar dauerhaft gebraucht, das Verwehren dauerhafter Stellen macht aber die Arbeit für Universitäten und Forschungsinstitutionen billiger und stützt Machtverhältnisse.

Die individuell bestehende Chance, eine Regelstelle zu bekommen, erweist sich dabei als Köder, die kollektive Perspektivenlosigkeit zu akzeptieren. Die Lust daran, ForscherIn zu sein, macht bereit, sich so lange wie möglich mit großem Arbeitseinsatz, Frustrationsvermögen und Selbstbeschränkung im Spiel zu halten. Oft fällt die Ausbeutung nicht auf, weil die Forscher-

Innen im benachteiligten Segment des wissenschaftlichen Arbeitsmarkts als „Nachwuchs“ tituliert werden. Lange wird der Gedanke aufzuhören nicht zugelassen: Die Aufgabe der ForscherInnenkarriere erfolgt dann nach 15 und mehr Jahren bruchartig.

Die seit 2004 vollrechtsfähigen Universitäten haben bislang keine Anstalten gemacht, allen ihren MitarbeiterInnen passable Arbeitsverhältnisse anzubieten. Im Gegenteil. Die Spaltung ihrer ArbeitnehmerInnen, wie sie vor 2004 gesetzlich fixiert war, wurde übernommen oder verschärft. Durchwegs haben die Universitäten die Bezahlung ihrer Lehrbeauftragten reduziert, zum Teil den Lehrbeauftragten Anstellungsverhältnisse verweigert. Keine Rede davon, andere Gruppen der universitären Randbelegschaft – von den studentischen MitarbeiterInnen bis zu den DrittmittelforscherInnen – bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen anzubieten.

ForscherInnen müssen sich klar machen, dass ihre individuellen Chancen von der Organisation der Arbeit in den Wissenschaften abhängig sind: Die Möglichkeit, als Forscherin unter gut lesbaren Bedingungen zu arbeiten, ist ein kollektives Gut, das auch nur kollektiv erkämpft und verteidigt werden kann. Elementare Forderungen dabei sind

- der massive Ausbau der unbefristeten ForscherInnenstellen, die eine durchgängige wissenschaftliche Arbeit ermöglichen. (Arbeitsmotivation und die Bereitschaft, gesellschaftliche Interessen in die eigene Arbeit einzubeziehen, ergeben sich aus

einer demokratischen institutionellen Kultur, nicht aus der Drohung mit dem Arbeitsplatzverlust.) Das Verhältnis zwischen Nachwuchsstellen und dauerhafte Beschäftigung ermöglichenden Positionen darf 1:7 nicht überschreiten.

- die Reorganisation der Projektarbeit: Die Risiken projektformiger Forschung können und sollen von Institutionen getragen werden, nicht von EinzelforscherInnen.

- die umfassende Förderung von Frauen – heute im wissenschaftlichen Feld mehrfach benachteiligt

- durch unbefristete Stellen und eine Veränderung der Kriterien, die für die Bewertung wissenschaftlicher Arbeitseinsätze gelten.

- der Abbau sozialer Barrieren, die StudentInnen weniger privilegierter sozialer Klassenfraktionen die Aufnahme einer ForscherInnenkarriere nahezu unmöglich machen. (Erster Schritt: Studiengebühren abschaffen!).

Prekarierte ForscherInnen müssen verstehen lernen, dass sie ihr individuelles Schicksal – die Arbeitsüberlastung, die Erschöpfung, den Mangel an Anerkennung, die Unsicherheit, die niedrige Bezahlung – mit ständig wachsenden Erwerbstätigen teilen. Statt individuell die Prekarität als Normalität zu akzeptieren, müssen wir unser Sprache wiederfinden, unsere Klagen zu politischen Forderungen machen: nach guten Lebens- und fairen Arbeitsbedingungen für alle.

IG Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen
<http://www.univie.ac.at/IG-LektorInnen>

1) Variiert nach einer Kapitelüberschrift von Anne und Marine Rambach – Les intellos précaires. Paris 2001: Fayard und der DVD „Precarity“ von P2P fightsharing.

MQ – die Arena des Kulturprekariats



Images der Stadt Wien um die Dimension „Creative Industries“. Bestehende Stärken in Bereichen wie elektronische Musik, Theater und Film sollen nun verstärkt ins Wien-Image integriert werden.

Das Museumsquartier ist ein zentraler Baustein in solchen Überlegungen: Es ist zugleich „Kulturtempel“ (mit direktem Anschluss an die größte Einkaufsstraße Wiens), mit dem die Stadt Wien und Österreich einem internationalen Tourismuspublikum kulturelle Attraktivität signalisieren wollen, und Cluster der Kreativwirtschaft. Zum einen werden hier Angebote aus dem Bereich hochkultureller Museumstradition auf engem Raum verdichtet (Österreich hat im internationalen Vergleich die höchste Museumsdichte pro EinwohnerIn), zum anderen wurde mit dem „quartier 21“ im MQ ein Creative-Industries-Biotop angelegt.

In der Stadtplanung gilt es heutzutage als ungemacht, dass hochentwickelte Städte in einem Wettbewerb um die Ansiedlung lukrativer Wirtschaftszweige mit hoher kreativer Komponente stehen. Als wesentliche Determinante in diesem Standortwettbewerb gelten kulturelle Umfeldbedingungen. Um die „Kreative Klasse“ zur Ansiedelung in Städten wie Wien zu bewegen, bedarf es einer lebendigen Szene, einer Mischung aus KünstlerInnen, Musik, Clubs und Events. In der Wiener Kulturszene wurde bei Eröffnung des „quartier 21“ im Jahr 2002 heftig diskutiert, ob das q21 ein

freundliches Angebot an Kulturschaffende ist oder aber als Versuch gewertet werden kann, eine solche lebendige Kreativszene zu importieren und zoo-förmig auszustellen, unter einem öffentlichen Label zu vereinnahmen und darüber hinaus zur VorreiterIn einer kommerziellen Kreativwirtschaft hochzuzüchten.

Das „quartier 21“, in dem KünstlerInnen nicht eingeladen und bezahlt werden, sondern wo sich Initiativen einmieten müssen, bietet auch einen verdichteten Einblick in die Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich. Laut Museumsquartier-Direktor Wolfgang Waldner sind im Areal rund 400 Personen tätig. Ob in dieser Zahl auch die Unzahl prekär Beschäftigte wie Putzbrigaden, Servierpersonal, KunstvermittlerInnen und KünstlerInnen enthalten sind, bleibt zweifelhaft. Über die Lage der im Museumsquartier und außerhalb Werkstätigen im Kulturbereich gibt es nur äußerst vage Erhebungen. Der erste österreichische Kreativwirtschaftsbericht spricht von der hohen Verbreitung befristeter und „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse. Kleinbetriebliche Strukturen dominieren, vielfach handelt es sich um Ein-Personen-Unternehmen. Fast die Hälfte erreicht nie die Gewinnzone. Wenig überraschend stellen hier Frauen die Mehrheit der

Arbeitskräfte. In Bereichen wie Design, Architektur und vielen anderen Kreativjobs sinkt die Anzahl der Anstellungsverhältnisse, das FreelancerInnenumfeld ist stark im Ausbau begriffen. In der Kunst und verwandten Sparten gibt es quasi keine Anstellungen.

Die Kulturwissenschaftlerin Marie-Luise Angerer beschreibt „Cultural Workers“ als durchschnittlich 25 bis 30-jährige Personen, vielfach qualifiziert, flexibel, psychisch stark belastbar, unabhängig, alleinstehend, ortsungebunden, die zugreifen, wo es im Bereich der Kunst, der Musik, der Medien etwas gibt. Eine Erhebung über die Lage kunstschaffender Frauen in Österreich ergibt, dass die durchschnittliche Künstlerin meist über 40 h/Woche arbeitet, mit einer Wahrscheinlichkeit von 50:50 mindestens 2 Beschäftigungsnachteile und in einem von drei Fällen auf berufliche Auslandserfahrung verweisen kann. In sechs von zehn Fällen ist sie Akademikerin und erzielt mit 45%-iger Wahrscheinlichkeit ein monatliches Nettogesamteinkommen, das unter 727 Euro liegt. Oft sind sie überqualifiziert für ihre Tätigkeiten.

Seit einigen Jahren gibt es nun zwar das so genannte „Künstlersozialversicherungsfondsgesetz“, das mit einem Zuschuss zum Pensionsversicherungs-

beitrag für KünstlerInnen aufwartet. Zahlreiche Zugangsbeschränkungen und Schikanen minimieren jedoch von vorneherein den Kreis der Bezugsberechtigten. Die Versicherung für die so genannten „Neuen Selbständigen“ (dazu zählen neuerdings auch KünstlerInnen) gewährleistet selbst für die Versicherten keinen umfassenden Schutz. Insbesondere Ausfallzeiten oder Einschränkungen in der Erwerbsarbeit durch Krankheit, Unfall, Schwangerschaft oder Kindererziehungszeiten bleiben soziales Risiko der/des Einzelnen.

Der Kulturrat Österreich, der sich für die Rechte von KünstlerInnen und Kunstschaffenden einsetzt, fordert deshalb als Sofortmaßnahme etwa die Ausweitung der grundsätzlich Bezugsberechtigten auf alle Kunst- und Kulturschaffenden sowie die Streichung der z.T. nach fragwürdigen Kriterien bewerteten „künstlerischen Befähigung“ als Anspruchsvoraussetzung. Letztlich wird aber wohl einzig die Entwicklung eines neuen Modells sozialer Sicherheit Abhilfe schaffen können, das, wie Daniela Koweindl vom Kulturrat meint, „die prekäre Arbeitssituation – nicht nur – von Kunst- und Kulturschaffenden anerkennt und ein Recht auf soziale Sicherheit für alle garantiert.“

Malmoe <http://www.malmoe.org>

Raum her oder Leben!

Wir brauchen Raum zum Werkeln und Faulenzen, auch um die Welt zu erforschen und um gegen sie zu rebellieren. Wir brauchen Raum wie die Luft zum Atmen. Mit dem wachsenden Reichtum der Gesellschaft wird auch der Raum ausgebaut. Trotzdem wird der Kampf um Raum immer härter und der Zugang immer beschränkter.



Der Mangel im Überfluss

Die aktuelle Raumsituation in Wien ist äußerst prekär. Das Ende vieler Projekte, die als soziale, kulturelle und politische Freiräume zu betrachten sind, ist schon besiegelt; andere müssen Jahr für Jahr um ihr Überleben kämpfen oder werden Schritt für Schritt abgebaut. Rund 40 Projekte im EKH, die Public Netbase, das FZ, das Frauencafé, ZARA, Echo und das TÜWI sind nur die Spitze des Eisberges. Darunter findet sich ein gesellschaftlicher Prozess, der die Erhaltung und Schaffung von Freiräumen systematisch erschwert. Gründe für diese Bedrohungen sind zum Beispiel gekürzte oder gestrichene Subventionen oder zu hoher ökonomischer und politischer Druck. Wichtig ist auch, dass sich Menschen, die meist schlecht oder gar nicht bezahlte Arbeit für den Erhalt des jeweiligen Projekts auf Dauer immer weniger leisten können.

Diese Enteignung von Raum betrifft aber nicht nur Projekte mit idealistischen Zielsetzungen, die

über das bloße betriebswirtschaftliche Funktionieren hinausgehen. Die Entwicklung wirkt bis in den tiefsten Lebensalltag aller Menschen hinein. Immer teurere Mieten bewirkten, dass 2004 bereits 8.776 Räumungstermine von Haushalten und weitere 10.939 Räumungsklagen bekannt gegeben wurden. Dem stehen 80.250 leerstehende Wohnungen von durchschnittlich 60,25qm gegenüber². Das Ausmaß von Armut und Mangel und der Umfang brachliegenden Ressourcen und Überschüssen steigen kontinuierlich an. So unterschiedlich die einzelnen Fälle, wie Zurückdrängung von Freiräumen oder Wohnungsnot, auch sind, lassen sich doch gemeinsame Ursachen finden und gemeinsame Gegenstrategien entwickeln.

Enteignung und wieder Aneignung des Lebens

Viele aktuelle Entwicklungen enteignen uns laufend vom Reichtum der Gesellschaft. Arbeitsverhältnisse werden unsicherer und schlechter bezahlt. Arbeitslosigkeit nimmt zu und gleichzeitig werden sozialstaatlich Absicherungssysteme und Leistungen, wie Subventionen, abgebaut. Dadurch wird es für Menschen und Projekte immer schwieriger und zeitaufwändiger sich erfolgreich zu verkaufen und so ihre Überleben innerhalb kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen zu bewältigen. Kurzum der gnadenlose Überlebenskampf aller gegen alle wird zunehmend zum einzigen Prinzip dieser Gesellschaft. Diese Entwicklung erscheint pervers, da gleichzeitig die Produktivität und damit der materielle Reichtum ständig wächst. Zum Beispiel werden jährlich 70.000 Tonnen an unverbrauchten Nahrungsmitteln weggeschmissen. Das entspricht 25% des gesamten Restmülls.³ Der Unterschied zwischen dem Gang ins Delikatessengeschäft und dem zum Mistkübel besteht nur mehr darin, dass letzterer als Diebstahl geahndet wird.

Derartige Zustände sind illegitim. In dieser Situation sind Aneignungsversuche, wie Schwarzfahren, „Einklaunen“ oder Häuser besetzen, nahliegende Formen sozialer Selbstverteidigung. Dass dieser Bruch mit den Eigentumsverhältnissen auch eine rechtliche Basis haben könnte, zeigt das Beispiel der Niederlande. Dort gibt es eine andere Gewichtung zwischen Eigentum und Nutzung, Räumlichkeiten, die über ein Jahr leer stehen, dürfen legal besetzt werden und Räumungen werden dort zu einer schwierigen juristischen Angelegenheit. Das bewirkt nicht nur weniger Motivation für die EigentümerInnen zur Spekulation wegen des hohen Risikos Räume leer stehen zu lassen, sondern öffnet auch viel zusätzlichen Raum zum Wohnen und für vielfältige soziale und kulturelle Projekte.

Sich zu nehmen was einer zusteht mag legitim sein; ein Weg um die Gesellschaft besser zu gestalten ist es aber nicht. Um die verantwortlichen gesellschaftlichen Strukturen und Denkmuster grundlegend zu ändern, braucht es Freiräume, in denen zumindest einige herrschende Gesetze, Normen und Zwänge nur begrenzt wirken. Dadurch ermöglichen sie überhaupt erst etwas Neues denken, erproben und auch leben zu können. Freiräume sind Lernstätten dafür wie das Leben besser gestaltet werden kann, Orte im permanenten Aufstand gegen das Gefängnis unseres Verstandes und damit eine Voraussetzung für jegliche gesellschaftliche Verbesserung. Aneignung sollte daher darauf zielen bestehende Freiräume zu erhalten, zu erweitern und neue zu schaffen.

Indem wir den Raum ausdehnen

Freiräume gibt es, wenn du aktiv wirst:
www.t0.or.at/raum
www.f13.at
www.freiraum.at

- (1) *ISIS Datenbank der Statistik Austria – Volkszählung 2001* (www.statistik.at)
- (2) *Tätigkeitsbericht 2004 der Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS)* (www.members.aon.at/fawos)
- (3) *Angaben der MA 48* (www.wien.gv.at)